

// AUSZUG //

aus der 22. Sitzung
des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses
am Montag, 21.10.2019

öffentlicher Sitzungsteil

2. 2019-620 Verkehrs- und Mobilitätskonzept für die Stadt Raunheim Hier: Grundsatzbeschluss

Der BGM führt in die Beratungsvorlage ein. Ausdrücklich hebt er hervor, dass es sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt um eine Einbringung handelt. Er geht auch davon aus, dass das Konzept ggf. mehrere Beratungsrunden benötigt, bevor hierzu entsprechender Beschluss gefasst wird. Inhaltlich verweist der Bürgermeister darauf, dass nach Herstellung der äußeren Anbindungen (Anschluss Ost, Anschluss West) nun auch über verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen die angestrebte Entlastung der innerstädtischen Wohnquartiere vollumfänglich erreicht werden soll. Hierzu werde das Gesamtkonzept vorgelegt, das auch weitreichende Regelungen zum ruhenden Verkehr und zur optimierten Führung des Radfahrverkehrs enthalte. Herr Laubscheer konkretisiert ergänzend, dass sich aus veränderten Zielsetzungen für die Mobilität auch bauliche Veränderungen des Straßenraums ergeben müssten, um hinreichend wirksam werden zu können. Neben den vom Bürgermeister angesprochenen Zielsetzungen verweist Herr Laubscheer auch auf die Digitalisierung zur Unterstützung modernen Mobilitätsverhalten sowie die Aufgabenstellung der Grünerweiterung/Grünvernetzung.

Herr Brune stellt zunächst das Gesamtkonzept vor, Herr Wolf ergänzt die Ausführungen um die vorgeschlagenen shared-space-Räume. Herr Sehring erläutert die Ideen zur Gestaltung der Übergangsbereiche zu den shared-space-Bereichen.

Die CDU-Fraktion weist auf eine falsche Bezeichnung „Liebfrauenstraße“ hin.

Die SPD-Fraktion erkundigt sich nach dem genauen Beginn der shared-spaces-Zonen und erfragt die Möglichkeit von LKW-Anlieferungen, die nach Auskunft von Herrn Sehring im shared-space-Bereich uneingeschränkt möglich bleiben. Die CDU-Fraktion spricht mögliche Konfliktpotentiale zwischen Busausstieg und Radfahrern an. Die Ausgestaltung der Haltestellen wird erläutert.

Herr Suerken stellt das Teilkonzept zum ruhenden Verkehr mit den verschiedenen Zonen vor. Der „Bürgerparkausweis“ wird erläutert. Die CDU-Fraktion erkundigt sich nach dem Umfang an Parkplätzen für Sprinter.

Herr Brune stellt das Teilkonzept zum ÖPNV vor. Die SPD-Fraktion erkundigt sich nach der Integration von Elektrotankstellen. Diese werden von Herr Laubscheer im Teilkonzept zur Smart-Mobility vorgestellt.

Herr Wanderer präsentiert das Teilkonzept zum Radverkehr.

Die SPD-Fraktion erfragt mit Blick auf den zunehmenden E-Bike-Verkehr von und zum Flughafen die Möglichkeit, diese Radwegeverbindungen zu beleuchten. Dies ist nach Auskunft von Herrn Jühe eine regionale Aufgabe, mit der sich bereits die Regionalpark GmbH auseinandersetzt.

B90/Grüne erfragen die Möglichkeit, Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr zu öffnen. Dies ist nach Einschätzung von Herrn Wanderer zwar grundsätzlich gewollt, bei beidseitig bepflanzten Straßen aber nicht zulässig.

Herr Wolf stellt das Teilkonzept der Grünvernetzung vor, welches an das Programm „Grünes Raunheim“ anknüpft.

Bürgermeister Jühe bietet an, dass die Fraktionen die externen und internen Fachkompetenzen gerne anfordern können. Sein Team und auch er selbst stünden hierfür gerne zur Verfügung. Auch gehe er davon aus, dass seitens der Fraktionen eigene Anregungen zur Ausgestaltung des Gesamtkonzeptes eingebracht werden.

B90/Grüne fragen nach behindertengerechter Ausstattung bei Umbau öffentlicher Verkehrsflächen. Herr Wolf weist darauf hin, dass dies an neuralgischen Punkten wie Kreuzungen und Überwegen planerisch berücksichtigt werde.

B90/Grüne erfragen, ob die Frankfurter Straße und die Mainzer Straße beidseitig befahrbar sein sollen, was die Verkehrsplaner bejahen.

Beschluss:

1. Das Verkehrs- und Mobilitätskonzept wird als Grundlage zur Beratung weitreichender Neuregelungen zum fließenden und ruhenden Verkehr in der Stadt Raunheim zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage dargestellten grundsätzlichen Planungen weiter zu verfolgen und zu konkretisieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das dargestellte Radverkehrskonzept zu konkretisieren und zeitnah umzusetzen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kreuzungspunkte Liebfrauenstraße / Mainzer Straße, als auch Mathildenstraße / Frankfurter Straße gem. des dargestellten Entwurfs umzubauen.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage ist eingebracht.